

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reischmeckte

Em Viereck romgaigelt

VON JAN SELLNER

Noch ist die Fußball-EM nicht aus, was Richard Viziotis aus Stuttgart-Botnang Gelegenheit gibt, einen weiteren fußballerischen Leckerbissen auf gut Schwäbisch beizusteuern: „I hätt zu dem ‚Febbla‘ (Dribbeln) no a Aldernadive: Wenn mir friar ‘s Schbielfeld noch ama gwonnana Kick verlassa hen, no hen mir onser Freid so nausglassa: ‚Dia hen mir aber sche em Viereck romgaigelt.“

Herr Viziotis greift auch einen Ausdruck von Karl Strohmaier aus Korb-Kleinheppach aus den vergangenen Tagen auf: „Willsch Du’s Michele mit mir macha?“ „Doderzua ka mer au saga: ‚Willsch Du mi verlellabäbla?‘ Oder: ‚Willsch Du mi vergammaiara?‘ – Mir Schwoba sen halt net oisilbig, sondern pflegat an amfassada Wortschatz!“

Utz Baitinger aus Botnang schließt unsere Mostfässle-Reihe ab: „Inzwischen sind alle Fässer ausgebürstet, wozu auch ich als kleines Bürschle bei meinem Großvater, einem Küfer, in die Fässer schlüpfen musste. Es fehlt noch: Wenn Großvater mit seinen Gesellen ein neues Fass baute, fügte er Schilfblätter, ‚Gnoschba‘ genannt, zwischen die Fassdauben ein, um das Fass dicht zu machen. Den ‚Oschlitt‘ nahm er auch, um seine vom kalten Wasser mit schmerzhaften Schrunden bedeckten Finger zu behandeln. Den heimeligen Holzgeruch in seiner Küferwerkstatt werde ich nie vergessen.“

Zum Beitrag von Tabea Niethammer aus Unterjettingen haben uns einige Zuschriften erreicht. Frau Niethammer hatte ihre Mutter zitiert, die sich angesichts starken Winds Sorgen um ihre Frisur machte und fragte: ‚Bee i a Haareul?‘ Dazu schreibt Marlies Rohnfelder: ‚Bei oos drhoem hôt mr Hóórigl gsaed, ned Hóóreil!‘ – Hans-G. Raub aus Leinfelden merkt an: ‚Beim Anblick einer solchen Frisur pflege ich zu sagen: ‚Hosch Du heit Nacht en dr Schdegdoos gschloofa?‘ – Rose Bahlinger erinnert sich: ‚Als wir Kinder waren, hatten Mädchen lange Haare zu haben. Die wurden morgens gebürstet und geflochten. Die tägliche Frage meiner Mutter war: ‚Wo hasch denn au den Klotz wieder her?‘ Außer ‚Aua!‘ bekam sie keine Antwort.“

Eine Leserin, deren Namen wir kennen, die jedoch anonym bleiben möchte, hat sich beim Radiohören geärgert. Sie regt an: „Könnte man eigentlich auch eine Spalte ‚Auf gut Nichtschwäbisch‘ aufmachen? Dieser Gedanke kam mir, als ich bei der Arbeit im Weinberg SWR hörte. Da hat doch tatsächlich die Moderatorin eine ‚schnieke‘ Kaffeetasse als Preis eines Musikrätsels ausgelobt! Ich habe aus Protest ausgeschaltet.“

Kehren wir zur Mundart zurück. Der schwäbische Spruch des Tages kommt von M. Beichter und lautet: „Der hengt abr arg d’Flätz na“ – als Beschreibung für jemanden, der missmutig oder übel gelaunt ist.

→ Schreiben Sie uns:

Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: land@stn.zgs.de

Betrugsverdacht in Eisdielen

REGENSBURG. Wegen des Verdachts des Sozialversicherungsbetrugs in Eisdielen haben Behörden in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen 57 Firmenräume und Wohnungen durchsucht. Es seien Computer, Smartphones sowie Dokumente sichergestellt worden, teilte das Hauptzollamt mit. Etwa 370 Beamte und 30 Dolmetscher seien im Einsatz. Die Ermittlungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth liefen seit Monaten, hieß es.

In mehreren Eisdielen habe es Verdachtsmomente gegeben, die zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen mehrere Beschuldigte sowie zu den Durchsuchungsbeschlüssen geführt hätten. Es gehe um den Verdacht der Beitragsvorenthaltung und der Mindestlohnunterschreitung in einer noch nicht bekannten Zahl an Fällen.

Die Eisdielen seien als Filialen organisiert, einer der Beschuldigten soll für diese verantwortlich sein. „Zur Erzielung seiner Umsätze setzt der beschuldigte Unternehmensinhaber in den Eisdielen verdachtsweise bewusst ‚billige‘ Arbeitskräfte aus dem Ausland ein, denen er weit weniger als die tatsächlich geleisteten Stunden vergütet“, teilte das Hauptzollamt mit. *dpa*

BaWü-Check

Viel Respekt für die Arbeit der Pädagogen

Lehrermangel ist nach Auffassung von Bürgern und Eltern das größte Problem der Schulen in Baden-Württemberg. Lehrkräfte genießen große Wertschätzung.

VON BÄRBEL KRAUS

STUTTGART. In der Bewertung der Bürger kommen die baden-württembergischen Schulen deutlich besser weg als die grün-schwarze Bildungspolitik, die das Schulsystem insgesamt doch eigentlich voranbringen soll. Das ist vielleicht das positivste Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks. Die regelmäßige Umfrage der Tageszeitungen im Land, hat sich diesmal auf die Zufriedenheit der Bürger mit den Schulen und der Bildungspolitik im Land konzentriert.

Wie beschreiben die Bürger die Lage der Schulen?

Tatsächlich haben nicht nur Eltern schulpflichtiger Kinder, sondern auch die Bevölkerung insgesamt einen differenzierten Blick auf die schulische Wirklichkeit. Probleme sehen die Umfrageteilnehmer, wie die nebenstehende Grafik zeigt, in vielen Einzelfragen – allem voran beim Lehrermangel, bei zunehmender Gewalt in Klassenzimmern und auf Schulhöfen und den mangelnden Deutschkenntnissen vieler Schüler. In der Gesamtschau honorieren 47 Prozent der Gesamtbevölkerung und 53 Prozent der Eltern die Arbeit der Schulen im Land dennoch als gut oder sehr gut. Das ist laut der Einschätzung der Meinungsforscher beim Institut für Demoskopie in Allensbach „vergleichsweise positiv“.

Dem gegenüber stehen kritische Urteile bei 45 Prozent der Bürger und 42 Prozent der Eltern, was einen massiven Abwärtstrend im Zehn-Jahresvergleich darstellt: Bei vergleichbaren Untersuchungen damals gab es nur 15 Prozent schlechte und 75 Prozent gute Noten. Zu den Ursachen dieser Entwicklung sagen die Meinungsforscher nichts. Vermutlich spiegelt sich darin auch der Abstieg der baden-württembergischen Schulen bei nationalen und internationalen Leistungsvergleichen von der Spitze ins Mittelfeld im etwa gleichen Zeitraum.

Den Meinungsforschern sticht beim aktuellen BaWü-Check besonders ins Auge, dass die Außenansichten der Bevölkerung kritischer ausfallen als das „Erfahrungsbild“ der Eltern, die aktuell Kinder in der Schule haben. Beide Vergleichsgruppen nehmen zwar die gleichen Probleme im Bildungssystem wahr. Aber vor dem Hintergrund ihrer praktischen Einblicke ins aktuelle Schulleben messen Eltern dem Lehrermangel (59 Prozent), der zunehmenden Gewalt (49 Prozent), den mangelnden Deutschkenntnissen (40 Prozent), der Digitalausstattung (38 Prozent) und der Integration von Flüchtlingskindern (32 Prozent) eine geringere Bedeutung bei als die Gesamtbevölkerung. Größeren Handlungsdruck sehen die befragten Eltern dagegen beim Stundenausfall (43 Prozent), der Klassengröße (41 Prozent) und dem hohen Leistungsdruck für die Schüler (34 Prozent).

Wie stark belastet der Migrationsdruck die Schulen?

Viele Bürger nehmen die Integration von Flüchtlingen als Erschwernis für die Schulen wahr, aber sie setzen das Problem nicht an die erste Stelle. Bei der Bevölkerung rangiert das Thema auf Rang sechs der Problemstellungen (40 Prozent), in der Elternschaft liegt es (mit 52 Prozent) auf Platz zehn. Wichtiger ist beiden Gruppen, dass zu viele Kinder nicht ausreichend Deutsch können. 48 Prozent der Eltern berichten, dass an den Schulen ihrer Kinder der Unterricht durch Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen erschwert wird. 37 Prozent sehen das nicht so. An den Grundschulen wird das Problem als besonders drängend wahrgenommen. Dort sehen 52 Prozent der Eltern darin eine Belastung für den Unterricht.

Was erwarten Bürger von einer zeitgemäßen Schule?

Bildung und Erziehung sind laut den Erwartungen der Baden-Württemberger keine Frage von Entweder-Oder. Schulen müssen aus ihrer Sicht beides leisten. Ganz weit oben in der Prioritätenliste stehen dabei auch im Computer- und Internetzeitalter Allgemeinbildung, Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse sowie gutes Englisch. Mathe liegt



Die Mehrheit sieht die hohen Anforderungen des Lehrerberufs. Foto: Adobe Stock/Bernid Weißbrod

Geteilte Meinungen zum Thema Schule

Was meinen Sie: Wie gut sind die Schulen in Baden-Württemberg?

Angaben in Prozent



Was sind die Hauptprobleme der Schulen?

Angaben in Prozent, Bevölkerung gesamt



Was sollten Schulen heute den Kindern beibringen?

Angaben in Prozent, Bevölkerung gesamt



So tickt Baden-Württemberg

Meinungsumfrage Im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen fühlt das Institut für Demoskopie in Allensbach den Bürgern im Südwesten auf den Zahn, um der politischen Stimmung auf den Grund zu gehen. Meistens konzentrieren sich die Fragen im BaWü-Check auf ein bestimmtes Thema. Diesmal ist es die Schulpolitik, im Vorfeld der Kommunalwahl war der Schwerpunkt die Kommunalpolitik. Abgesehen vom thematischen Schwerpunkt ist eine Frage zur Stimmungslage im Land Standard.

Stimmungstest Beim aktuellen BaWü-Check wurden im Juni 2015 Interviews von den Meinungsforschern geführt. Die Befragten bilden einen repräsentativen Querschnitt der erwachsenen Bevölkerung im Land ab. *luß*

auf Platz sechs – gleichauf mit dem Thema Medienkompetenz. Bei der Vermittlung von Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet, neuen Medien und Künstlicher Intelligenz kommt den Schulen aus Sicht der Bevölkerung eine zentrale Rolle zu. 86 Prozent fordern, dass die Schulen einen souveränen Umgang mit dem Internet und sozialen Medien vermitteln. 42 Prozent der Bürger plädieren für ein eigenes Schulfach Medienkompetenz, in der Elternschaft sind das sogar 68 Prozent.

Was halten die Bürger von den Lehrern?

Nur eine Minderheit von zehn bis 15 Prozent traut den Lehrern die Vermittlung ausreichender Medienkompetenz an ihre Schüler zu. Dazu fehle ihnen die Kompetenz meint eine Mehrheit von 68 Prozent der Eltern und 74 Prozent der Bürger.

Von diesem Defizit abgesehen, dokumentiert die Umfrage aber einen ausgesprochen großen Respekt der Bürger vor den Leistungen der Lehrkräfte. Die deutliche Mehrheit sieht die hohen Anforderungen des Berufs (etwa durch Auseinandersetzungen mit schwierigen Eltern und problematischen Schülern), hohe psychische Belastungen und eine große Verantwortung.

Nur 28 Prozent der Bevölkerung finden Leistung der Politik gut.

Fast die Hälfte (47 Prozent) bescheinigt Lehrkräften einen anstrengenden Beruf, für den die verdiente Anerkennung oft ausbleibe (37 Prozent). Dass Pädagogen viel Freizeit haben, nehmen nur 14 Prozent der Bürger an. Als attraktiv gilt der Beruf nicht: Dass er Spaß macht, glauben nur 8 Prozent, dass man gut verdient 11 Prozent, und dass die Arbeit erfüllend ist 13 Prozent.

Welche Lektionen gibt es für die Politik?

Jeweils 51 Prozent der Bevölkerung und der Eltern ziehen eine weniger oder gar nicht gute Bilanz der Bildungspolitik. Nur 28 Prozent der Bürger gibt der Landesregierung die Note gut oder sehr gut für ihre bildungspolitischen Weichenstellungen. Es mag Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Kultusministerin Theresa Schopper (beide Grüne) trösten, dass die Eltern schulpflichtiger Kinder, die den unmittelbarsten Einblick in die aktuelle schulische Wirklichkeit haben, großzügiger mit guten Zensuren waren. Von ihnen hält immerhin noch ein starkes Drittel (37 Prozent) die grün-schwarze Bildungspolitik für gut oder sehr gut. Aber insgesamt bleibt das Urteil für die Bildungspolitik sehr gemischt.

Laut den Allensbacher Forschern wissen die Bürger, welche Bedeutung ein leistungsfähiges Bildungssystem für die Zukunft des Landes hat. Vor diesem Hintergrund „und auch im Vergleich zum Urteil über andere Politikfelder ist das Zeugnis, das die Bevölkerung der Landesregierung hier ausstellt, jedoch keinesfalls das schlechteste“, schreiben die Demoskopien in ihrem Fazit.

Wie das Gesamturteil über die aktuelle Bildungspolitik wohl ausgefallen wäre, wenn die grün-schwarze Koalition sich nicht für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium entschieden hätte? Die Frage ist spekulativ, die Demoskopien treffen dazu keine Aussagen. Aber gefragt wurde bei den Interviews, die im Juni geführt wurden, auch nach einigen Elementen der aktuellen Schulstruktur-reformen. Dass das Land im nächsten Sommer zum neunjährigen Gymnasium zurückkehrt, finden 70 Prozent der Bürger und 72 Prozent der Eltern richtig. Dass nicht mehr der Wille der Eltern sondern die Grundschulpflicht wieder verbindlich über die weiterführende Schule der Kinder entscheiden soll, befürworten 62 Prozent der Bürger und 58 Prozent der Grundschullehrer.